

Gegen den Populismus ist ein Kraut gewachsen

Politiker, hört auf die Bürger! Nur so besteht eine Chance, die Probleme besser zu lösen, als die Populisten es vorgeben



Paul Widmer

Spätestens seit den Wahlen in Frankreich ist das Parteienggefüge erschüttert. Der Front national (FN) wurde zur stärksten Partei. Und überall in Europa legen Parteien zu, die man gern als Populisten abtut. Sofern sich die politischen Eliten nicht endlich auf die Socken machen und die Ängste der Wähler ernst nehmen, wird sich dieser Trend fortsetzen. Was läuft falsch? Vieles. Die Menschen haben Angst, nations- und heimatlos zu werden. Aber was kümmert das die politischen Eliten? Sie glauben, so weitermachen zu können wie bisher. Schauen wir drei Bereiche an.

Erstens: Die Wirtschaft operiert heute global. Das ist ein Fakt. Aber die Politik ist nach wie vor national verankert. Es ist Aufgabe nationalstaatlicher Politik, die durch die Globalisierung entstandenen Orientierungsdefizite zu kompensieren - zum Beispiel mit einer höheren Bürgerbeteiligung. Doch was geschieht in Europa konkret?

Zweitens: Die Massenimmigration verängstigt die Leute. Sie erleben die Probleme

hautnah am Arbeitsplatz, in den Schulen, in den Quartieren. Sie fühlen sich in ihrer Identität bedroht. Doch was tun die Politiker? Sie beschwören eine schwammige Wertegemeinschaft, statt sich ernsthaft mit der Integration zu beschäftigen; sie beschwichtigen mit Slogans («Wir schaffen das»), statt das Recht durchzusetzen. Flüchtlingen vorübergehend Schutz zu gewähren, ist das eine, Immigranten langfristig zu integrieren das andere. Beides muss Europa besser machen: Dass Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken, ist ein Skandal, dass Einwanderer unkontrolliert nach Europa strömen, eine Katastrophe.

Drittens: Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg den Weg der europäischen Einigung eingeschlagen. Mit viel Erfolg. Aber dieser Prozess hat die Nationalstaaten nicht ersetzt. Die EU ist kein Staat, sondern eine Mischung von suprastaatlichen und zwischenstaatlichen Kompetenzen. Sie verschafft keine hinreichende Legitimation für staatliches Handeln. Lange hat man nur die Vorteile dieses Arrangements gesehen. Heute drücken die Nachteile durch. Es sind die folgenden: Brüssels Eingriffe führen zu einem Autoritätsverlust in den Einzelstaaten (siehe Griechenland), nationale Alleingänge hingegen zu einem Autoritätsverlust der Union (siehe Missachtung von Schengen und Dublin) und fehlende Staatlichkeit schliesslich zu einem EU-Machtmanko an den Ausgrenzen (siehe Grenzschutz im Mittelmeer). Dabei gäbe es durchaus neue Aufga-



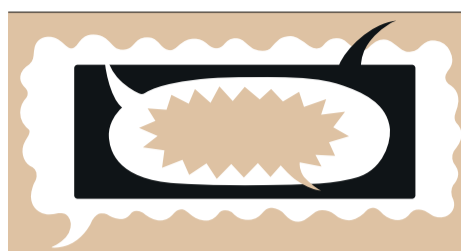
Populisten liefern selten die richtigen Antworten auf die brennenden Probleme. Aber sie stellen oft die richtigen Fragen.

ben, denen sich die EU als Ganzes zuwenden sollte, etwa solche, die man nur überstaatlich lösen kann. Dazu gehört in einem Raum mit Personenfreizügigkeit vordringlich eine effektive Kontrolle der Aussengrenzen.

Diese Defizite wollen die Eliten nicht wahrhaben. Sie möchten den europäischen Einigungsprozess ohne Korrekturen fortsetzen. Das ist ihr Credo. Seit Jahrzehnten lösen sich in Österreich SPÖ und ÖVP in der Regierung ab und schanzten sich Posten und Pöstchen zu. Wem soll ein Wähler, der davon genug hat, seine Stimme geben? In Frankreich haben die Linke und die Rechte das Schattenboxen an den Eliteschulen bis zur Perfektion einstudiert. Was nicht in den Kanon passt, grenzen sie aus. Staunt man da noch, dass sich viele Bürger von der Politik im Stich gelassen fühlen und zum FN überlaufen? Desgleichen in Griechenland. Eine Mehrheit wählt lieber die extreme Syriza als die alte Vetterwirtschaft.

Zugegeben, die sogenannten Populisten liefern selten die richtigen Antworten auf die brennenden Probleme. Aber sie stellen oft die richtigen Fragen. Es ist an der Zeit, dass die politischen Eliten ihr selbstgefälliges Gebaren aufgeben und auf die Bürger hören. Nur so besteht eine Chance, die Probleme besser zu lösen, als die Populisten es vorgeben.

Paul Widmer ist Alt-Botschafter und lehrt heute an der Universität St. Gallen.



Showdown

Francesco Benini

Es ist deprimierend. Philipp Müller ist weg. Er muss Schleuderkurse belegen auf dem Rundkurs in Safenwil und hat darum keine Zeit mehr für das FDP-Präsidium. Seine proletarisch angehauchte Interpretation des Amtes war originell. Dass der Chef der Wirtschaftspartei einen Bankenchef mit Verbalinjurien eindeckt - nur Müller schafft das. Was ihm nicht in den Kram passt, ist «Chabis». Müller verkörpert in seinem ganzen Auftreten den Aargauer - und er scheint auch noch stolz darauf. Er belebte den Freisinn, aber seine Zeit an der Parteisitze war kurz.

Das Gleiche kann man von Christophe Darbellay nicht behaupten. Er machte stets einen fröhlichen Eindruck. Je tiefer die CVP fiel, desto aufgeräumter wirkte ihr Präsident. Darbellays Sternstunde als CVP-Präsident war seine Hauptrolle in der Abwahl von Bundesrat Blocher. Das ist acht Jahre her. Es folgte nicht viel. Unerreicht ist Darbellay im Sammeln von Wahlminderlagen. Es heisst nun, er wolle bald Bundesrat werden oder wenigstens Walliser Regierungsrat. Wenn ein Leiter einer Ochsner-Sport-Filiale die Führung des Adidas-Konzerns übernehme, wären die Erfolgsaussichten ungefähr gleich gut.

Zu allem Übel geht jetzt auch noch Toni Brunner. Sein Lachen werden wir vermissen. Er konnte die grössten Gemeinheiten von sich geben und dabei strahlen wie ein Maikäfer. Christoph Blocher sagte über ihn, den Brunner könne man überall hinschicken, er erzähle nie einen Mist. Mit anderen Worten: Brunner erzählte stets das, was Blocher wollte. Respekt verschaffte er sich, als er von seiner Partei gebeten wurde, als Bundesrat zu kandidieren - und ablehnte. Dass ein Nationalrat nicht in die Landesregierung will, hat es seit der Gründung des Bundesstaates noch nie gegeben. Es ist in der Eidgenossenschaft nicht vorgesehen. Dem Herrn Darbellay wäre das nie passiert.

TV-Kritik Von Flavia Giorgetta

Ansprechendes Serienhandwerk aus der Hölle des Mittellands

Der Bestatter, Staffel 4, Folge 1
SRF 1, 5. Januar, 20 Uhr 05

Ein wenig muss man sich schon herablassen auf das Schweizer Niveau, wenn man endlich wissen will, was allwöchentlich die hiesigen Massen bewegt (am Dienstag waren es fast 800 000 Zuschauer). Vor allem wenn der Massstab amerikanisch geprägt ist und man sich den Serienvirus mit «Six Feet Under» (2001–2005) eingefangen hat, in dessen Zentrum ein Beerdigungsinstitut stand. Der Schweizer Bestatter Luc Conrad (Mike Müller) allerdings interessiert sich mehr für Detektivarbeit als für sein Geschäft. Die vierte Staffel der Erfolgsserie von SRF beginnt mit einem grausigen Fund: Drei Pfadfinder entdecken in einer Wildschweinfalle die Leiche der Kindergärtnerin von Morgenthal, einem fiktiven Aargauer Dorf. Gleichzeitig versucht die Kommissarin Anna-Maria Giovanoli (Barbara Terpoorten) sich aus dem Kellergefängnis zu befreien, in das ihr eigener Bruder sie gesteckt hat, nachdem sie nach Jahrzehnten erstmals in den Ort ihrer Kindheit gekommen ist, wo ihre Mutter begraben wird.

Trotz einigen behäbigen Dialogen, welche die Schweizer etwas begriffsstutzig wirken lassen, entwickelt sich die Handlung rasant. Eine Morgenthaler Bürgerwehr



Reise in die Vergangenheit: Luc Conrad (Mike Müller) und Reto Doerig (Samuel Streiff) sehen, wo Anna-Maria Giovanoli (Barbara Terpoorten) aufgewachsen ist.

macht den lokalen Einsiedler Schwarzkittel zum Schwarzen Peter und verwandelt sich in einen Lynchmob. «Der Bestatter» zeigt das mittelländische und mittelständische Dorf als Einfamilienhaushölle.

Natürlich: Mit den vielen internationalen Spitzenserien kann es «Der Bestatter» nicht aufnehmen. Dafür spielen insbesondere einige Nebendarsteller zu schlecht und sind manche Dialoge zu platt. Doch das Abtauchen in Anna-Maria Giovanolis Vergangenheit verspricht ebenso spannend zu werden wie die Suche nach dem Mörder, der ein Serientäter sein soll. Dazu sind manche trockene Sprüche ganz schön lustig; insbesondere der Rechtsmediziner Semmelweis (Martin Ostermeier) hat eine spitze Zunge. Und Reto Stalder als Bestatterlehrling Fabio Testi ist trotz dunklem Blick und vampirhaftem Aussehen süss.

Wir bleiben dran. Und holen die ersten drei Staffeln auf Netflix nach.

Grenzerfahrung

SRG torpediert die Kultur



Marina Masoni

Wie geht es mit dem Sinfonieorchester der italienischen Schweiz weiter? Das fragen sich viele besorgte Tessinerinnen und Tessiner, seit die SRG im November bekanntgegeben hat, das Abkommen mit der Stiftung für das Orchestra della Svizzera italiana, kurz: OSI, auf den nächstmöglichen Termin Ende 2017 zu kündigen.

Laut dem Abkommen beteiligt sich die SRG heute mit zwei Millionen Franken jährlich an der Finanzierung des Orchesters. Die RSI, die italienischsprachige Regionalgesellschaft der SRG, stellt weitere 700 000 Franken für Gastdirigenten und Gastmusiker zur Verfügung. Das OSI besteht aus rund 40 Instrumentalisten und muss für einzelne Repertoires zusätzliche Musiker engagieren.

Vor 80 Jahren als Radioorchester gegründet, wirkte das Ensemble über Jahrzehnte als Orchester sowohl fürs Radio wie fürs Fernsehen. Als die SRG Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre beschloss, ihre Beiträge zu kürzen, sprang der Kanton Tessin ein. Heute finanziert der Kanton das OSI mit jährlich vier Millionen Franken. Sollte die SRG ihre Förderung noch weiter stützen, würde die Lage prekär. Ist es gerechtfertigt,

dass die SRG ihr eigenes Werk, ein Instrument zur Erschaffung und Verbreitung von Kultur, in diesem Falle von Musik, einfach seinem Schicksal überlässt? Nein.

Das Budget der SRG ist enorm, es beträgt 1,6 Milliarden Franken. Ist es möglich, dass da kein Raum bleibt, um dem Orchester im Sinne des Föderalismus ein Weiterleben zu sichern? Dabei geht es weniger um Solidarität als um die Vielfalt im föderalistischen Zusammenleben. Die Schweiz ist eine Einheit in der Verschiedenheit. Ausserdem hat das OSI inzwischen einen international anerkannten Ruf. Seit letztem Jahr steht es unter der Leitung von Markus Poschner, einem weit über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus geschätzten Dirigenten. Und seit jüngstem hat das Orchester auch eine neue Heimat, das Kulturzentrum LAC in Lugano.

Mitfinanziert wird das Orchestra della Svizzera italiana durch die erwähnten Beiträge des Kantons sowie privater Geldgeber, etwa der Stiftung und des Vereins Freunde des Orchesters. Auch die SRG sollte weiter ihren Beitrag leisten. Die Konzerte des OSI sind Teil des Kulturschaffens, das zum Service public der SRG zählt. Erst recht in einer Region, die sprachlich und kulturell eine Minderheit ist. Als Land und als Gemeinschaft, die sich zu gemeinsamen Grundwerten (zu denen die Musik gehört) und einer inneren Vielfalt bekennt, können wir nicht immer weiter zurückkreben. Wir brauchen den Mut, dem Abbau unserer wertvollsten Errungenschaften Einhalt zu gebieten.

Marina Masoni ist Anwältin und ehemalige Staatsrätin des Kantons Tessin.